

SOZIALES UND SICHERES ZUSAMMENLEBEN

September 2019

1. ÜBERGREIFENDES

- **Bad Godesberg soll inklusiv werden:**
Unsere Stadt soll allen Menschen Raum bieten, egal ob jung oder alt, mobil oder eingeschränkt in ihrer Mobilität, sehend und hörend oder nicht, hier geboren oder zugezogen, mit Glaubensbekenntnis oder ohne.
- **Der öffentliche Raum muss Treffpunkte bieten:**
Wir sehen unsere Stadt nicht nur als Versorgungs-Zentrum, sondern auch als Ort der Begegnung und Beratung, der Freude und der aktiven Freizeitgestaltung. Wir wollen einen lebendigen öffentlichen Raum, in dem Menschen Raum zur Begegnung und Interaktion haben. Dafür braucht es mehr öffentliche Plätze und Räume, auf denen man sich entfalten kann.
- **Wir wollen, dass sich alle Godesbergerinnen und Godesberger hier zuhause fühlen können.**
Eine Stadt, in der niemand um seine Sicherheit fürchten muss, ist für uns selbstverständliche Voraussetzung des Zusammenlebens. Und egal, ob für schon immer hier Gewesene oder gerade frisch Zugezogene: Unser Stadtbezirk soll die Angebote bereithalten, die Jugendliche, Singles, Familien oder Ältere, Menschen mit Einschränkungen oder geistige wie körperliche Überflieger brauchen.

Auf dem Weg dahin ist einiges zu tun. Die wichtigsten Themen – Jugendliche, Gut leben im Alter in Bad Godesberg, Geflüchtete sowie Sicheres Zusammenleben – haben wir im Folgenden in eigenen Kapiteln behandelt. Wie wir diese drei großen Ziele erreichen wollen, beantworten wir primär dort. Damit es am Ende aber nicht nur „last not least“ heißt, haben wir einige Punkte an den Anfang gestellt, die uns wichtig sind und die wir nicht in Vergessenheit geraten lassen wollen:

- Um Bedarfe im sozialen Bereich zu ermitteln und zu planen, sollte es eine aktuelle und aussagekräftige Sozialstatistik und Sozialraumanalyse für die Ortsteile Bad Godesbergs geben.
- Alle Menschen können einmal in die Lage kommen, dass sie Hilfe brauchen. Deswegen muss Hilfe vor Ort leicht erreichbar sein, mit einem Minimum an Bürokratie auskommen, die Stärken der Hilfsbedürftigen stärken, zur Selbsthilfe anregen und Unterstützung da anbieten, wo sie erforderlich ist.
- Mehr Treffpunkte im öffentlichen Raum: Wo öffentliche Einrichtungen sind wie Volkshochschule, Bibliothek, Schulen oder Kindertagesstätten, Häuser der Offenen Tür oder Pflegeeinrichtungen, müssen Räume geschaffen werden, in denen Beratung und Austausch möglich ist und Veranstaltungen durchgeführt werden können (Ausstattung von Räumen in diesen öffentlich zugänglichen Einrichtungen mit PCs und WLAN, Möglichkeiten für Lesegruppen, Vorlesestunden,

Hausaufgabenhilfe und Lerngruppen). Schulen sollten unbürokratisch ihre Räumlichkeiten für Versammlungen am Abend zur Verfügung stellen und so als Ersatz für fehlende Bürgerhäuser dienen.

- Die Kitas, die auch als Familienzentren dienen, haben sich bewährt. Solche Orte müssen auch an anderen Stellen geschaffen werden, an denen Menschen zusammenkommen.
- Das Quartiersmanagement hat sich bewährt. Es ist ein Mittel, räumlich begrenzt Probleme anzugehen und den Zusammenhalt zu stärken. Wichtig sind der Raum, der zur Verfügung gestellt wird, und der Stadtteilstiftungs, aus dem Aktivitäten finanziert werden können. Die Finanzierungsmöglichkeiten des NRW-Programms „Zusammen im Quartier“ sollten genutzt werden.
- Menschen müssen mit ihren Fähigkeiten angenommen werden und zur Weitergabe dieser Fähigkeiten ermutigt werden. Dies gilt ganz besonders für Frauen. Programme wie Rucksackmütter, in denen Frauen ausgebildet werden, anderen Frauen zu helfen, sollten auch auf andere Bereiche als Kitas übertragen werden (z.B. Sprachkurse an Grundschulen für Mütter aus Migrantenfamilien).

2. JUGENDLICHE

- **Jugend braucht Treffpunkte:**
Es muss ausreichend Raum zur Bewegung und zum Feiern geben.
- **Starke Jugendarbeit ist die beste Sicherheitspolitik:**
**Gerade in unserem Stadtbezirk brauchen wir sowohl gute Jugendzentren mit bedarfsge-
rechten Angeboten und Öffnungszeiten als auch Streetworker in Brennpunkten.**
- **Jugend will mitreden:**
**Daher muss es Jugendkonferenzen geben, in denen Jugendliche laut ihre Meinung sagen
und auf ihre Interessen aufmerksam machen können.**

Das heißt für uns:

- Es muss ausreichend Freiraum geben, in dem sich Jugendliche bewegen können (z.B. Parks, Bolzplätze, an Nachmittagen geöffnete Schulhöfe).
- Die offene Jugendarbeit muss bedarfsgerecht sein und sich an alle richten.
- Es sollte Jugendzentren mit längeren Öffnungszeiten geben, mit Kicker/PC etc. – auch für internationale Jugendliche (wie früher K7).
- Es werden Jugendkonferenzen durchgeführt, auf denen Jugendliche sich und ihre Interessen einbringen können.
- Es müssen ausreichend viele und gute Möglichkeiten geschaffen werden, damit Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in gute Ausbildungsverhältnisse kommen können. Ausbildung und Arbeit sind das A und O der Integration.
- Die Angebote für junge Migrantinnen und Migranten müssen ausgebaut werden. Sie müssen sie einerseits in ihren Wurzeln stärken, aber auch ermutigen, sich in vorhandene Strukturen einzubringen.
- Programme gegen Gewalt sollen präventiv angeboten werden.
- Die vorbeugende Arbeit im Suchtbereich wird weitergeführt und verstärkt.
- Die aufsuchende Jugendarbeit wird fortgesetzt und verstetigt (Spielmobil, Streetworker).



3. GUT LEBEN IM ALTER IN BAD GODESBERG

- **Möglichst umfassende Pflege im angestammten Wohnumfeld:**
Wir wollen mehr altengerechte Wohnungen ermöglichen, aber auch die Rahmenbedingungen schaffen für Projekte wie Wohngemeinschaften in der Altenpflege oder altersgemischtes Wohnen. Und wenn es nötig wird, muss es genügend qualitativ gute Angebote für Kurzzeit- und Tagespflege geben.
- **Godesberg soll zu einem Vorzeigestadtteil in Sachen Barrierefreiheit werden:**
Barrierefreiheit muss im Wohnungsbestand und im öffentlichen Nahverkehr hergestellt werden. Insbesondere braucht es überall Einsteigemöglichkeiten in Busse, an denen in ihrer Beweglichkeit eingeschränkte Menschen problemlos einsteigen können.
- **Sicherheit der Seniorinnen und Senioren auf der Straße:**
Für viele ältere Menschen besitzt hohe Bedeutung, ohne Angst durch die Stadt gehen zu können. Wir haben unsere Vorschläge zum sicheren Zusammenleben gerade auch mit Blick auf ältere Menschen entwickelt; die einzelnen Vorschläge finden sich im Abschnitt „Sicheres Zusammenleben“ weiter unten.

Wir wünschen uns insgesamt eine stärkere Öffentlichkeit für Fragen der Pflege.

Die heutige **Altenpflege** ist ein Resultat sozialdemokratisch geprägten sozialstaatlichen Denkens. Sie ist daher Teil der selbstverwalteten Gesundheitsversorgung. Das heißt: der Staat bestimmt den Handlungsrahmen innerhalb dessen Pflege betrieben werden kann. Er beschließt den Leistungsrahmen, er definiert die erforderliche Qualität, die Pflegeberechtigten, legt fest, wer die Finanzierung trägt, wer kontrolliert. Er hat ferner beschlossen, dass die praktische Altenpflege im Wettbewerb zwischen kommunalen, freigemeinnützigen Trägern und Anbietern wie der Arbeiterwohlfahrt (AWO), religiös gebundenen Einrichtungen wie der Caritas und privaten Betrieben stehen soll.

In den vergangenen Jahren hat der Gesetzgeber sowohl in der Alten- wie in der Krankenpflege erhebliche Änderungen beschlossen, Änderungen, die den Kreis der Pflegeberechtigten, die Pflege in der Familie, die Systematik der Leistungsansprüche, die Ausbildung und die Finanzierung betreffen. Bonn ist durch die gute Vorarbeit in den Jahren bis 2015 vergleichsweise gut auf die Neuerungen vorbereitet. In Bonn macht sich zudem bemerkbar, dass ein großer Teil der zu Pflegenden in der Familie versorgt wird, über verhältnismäßig hohe Alterseinkünfte verfügt, und dass sich früh gemeinnützige, kirchliche oder private Pflegeangebote gebildet haben. Auch die lokale Organisation der Pflege in einer kommunalen Konferenz Alter und Pflege hat sich bewährt.

Allerdings haben wir Zweifel, ob die Pflege in Bonn bereits ausreichend auf die kommende stark wachsende Nachfrage nach Altenpflegemöglichkeiten vorbereitet ist.

Wir sollten unsere Aufmerksamkeit aber nicht nur auf Menschen richten, die der Pflege bedürfen, sondern auch auf all diejenigen, die nicht der Pflege bedürfen, sondern in einem Altersheim leben oder zu Hause, die aber alle ein leichteres Leben haben würden, wenn das „Umfeld“ anders wäre.

Im Einzelnen sind folgende Maßnahmen nötig:

- In den Ortsteilen müssen die Institutionen so ertüchtigt werden, dass sie im Zusammenspiel mit Pflegeverbänden und Familien den Verbleib möglichst vieler zu pflegender Personen in ihrem angestammten Wohnraum gewährleisten können.
- Wir brauchen in Bonn mehr gut ausgestattete Wohngemeinschaften in der Altenpflege.



- Wir brauchen in Bonn mehr qualitativ gute Angebote für die Kurzzeitpflege und Tagespflege.
- Bonn benötigt vor allem für aus dem Krankenhaus entlassene ältere Menschen mehr qualitativ hochwertige Angebote für eine geriatrische Rehabilitation.
- Wir sind dafür, mit Blick auf die Kurzzeitpflege und die geriatrische Reha in den Krankenhäusern das Entlass-Management zu überprüfen, weil hier viel Energie verbraucht wird und sicherlich Verbesserungen möglich sind.
- Es muss für die Ausbildung in der Pflege geworben werden – vor allem in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis, zusammen mit den Trägern.
- Es muss darüber hinaus im Ausland geworben werden, damit ausländische Pflegefachkräfte aus solchen Ländern nach Deutschland und nach Bonn kommen, die über den eigenen Bedarf ausbilden wie etwa Serbien.
- Es muss in diesem Zusammenhang verhindert werden, dass eine noch besser bezahlte Krankenpflege ihre offenen Stellen mit Personal aus der ambulanten Altenpflege besetzt. Eine solche Art der Personal-„Kannibalisierung“ lehnen wir ab.
- Wir sind dafür, den für Bonn gültigen ärztlichen Bedarfsplan dahin gehend zu überprüfen, ob die Pflegeheime ausreichend ärztliche Betreuung haben. Viele kritische Aspekte resultieren aus nicht ausreichender ärztlicher Betreuung. Hier sind die Heimaufsicht und die Kassenärztliche Vereinigung gefragt.
- Wir sollten überprüfen, ob in Bonn die Beratung von Angehörigen ausreichend und so organisiert ist, dass sie leicht zu erreichen ist.
- Der Einsatz von Freiwilligen in der Altenpflege soll ausgebaut werden (z.B. sogenannte „Nachbarschaftshelfer“, AWO-Freiwillige).
- Sinnvoll wäre eine stärkere Vernetzung der heutigen Altencafés, Altentreffs und Betreuungsmöglichkeiten.
- Darüber hinaus sind wir für die Einrichtung eines Seniorenbeirats.
- Wir müssen ermitteln, ob alte Menschen aus anderen Kulturkreisen eigene Pflegeeinrichtungen benötigen oder eher die vorliegenden nutzen wollen.

4. GEFLÜCHTETE

- **Die bewährten Strukturen der Flüchtlingshilfe sollen fortgeführt werden:** Wir wollen den „Runden Tisch Flüchtlingshilfe“ weiter unterstützen, aber auch die übrigen ehrenamtlichen Strukturen, die Wichtiges bei der Bewältigung der vielen Aufgaben geleistet haben, die sich durch die Ankunft der zahlreichen Schutzsuchenden gestellt haben.
- **Zunehmende Bedeutung gewinnt dauerhafter (Sozial-)Wohnraum:** Die städtischen Unterkünfte leeren sich zusehends, perspektivisch können die Gebäude wieder anders genutzt werden. Zugleich wächst der Bedarf an dauerhaften Wohnungen für die Geflüchteten.
 - Mit der zunehmenden Bearbeitung der Asylanträge besteht mehr und mehr Bedarf an Wohnraum. Mit dem Bezug von Wohnungen wird eine neue Form der Unterstützung erforderlich; es wird wichtig, Begegnungsräume zu schaffen.
 - Die Arbeit des „Runden Tisches Flüchtlingshilfe“ in Bad Godesberg ist wichtig, sie sollte weiter unterstützt werden.
 - Bad Godesberg hat seine räumlichen Möglichkeiten genutzt, um eine große Zahl von hilfsbedürftigen Geflüchteten aufzunehmen.



Die Einrichtungen der Stadt Bonn sind inzwischen nicht mehr so eng belegt wie zu Beginn, da viele Geflüchtete in reguläre Wohnungen umgezogen sind.

- Eine große Zahl von Helferinnen und Helfern hat die anfänglichen Unzulänglichkeiten der staatlichen Organisation auffangen können. Dabei wurden Strukturen aufgebaut, die sich heute im Zusammenspiel mit der Integrationsbeauftragten, Ausländeramt, Sozialamt und anderen hauptamtlichen Akteuren gegenseitig unterstützen. Viele Menschen mit Migrationshintergrund, die schon länger in Deutschland sind, haben hier wichtige Aufgaben als Lotsen und Dolmetscherinnen übernommen. Dies sollte fortgeführt werden.

5. SICHERES ZUSAMMENLEBEN

- **Die Sicherheit von Bad Godesberg liegt uns sehr am Herzen.**
- **Grundvoraussetzung ist eine gute personelle Ausstattung von Polizei und Ordnungsbehörden in Bad Godesberg:**
Das Personal muss weiterhin mindestens proportional zur Größe des Stadtbezirks und den Kriminalitätsschwerpunkten zugeteilt werden. Das Präsenz- und Interventionskonzept der Bonner Polizei sollte fortgesetzt werden.
- **Angstorte zu Sicherheitsorten machen:**
Wir wollen das Sicherheitsgefühl stärken, indem dunkle Bereiche besser beleuchtet, Stolperfallen beseitigt werden, Leerständen und der Verwahrlosung von Plätzen, Wegen und Grünflächen entgegengewirkt wird.
- **Videoüberwachung ist kein Allheilmittel, aber im Einzelfall berechtigt:**
Wir halten die Videoüberwachung im ÖPNV für sinnvoll. Auch an ausgewiesenen Kriminalitätsschwerpunkten kann sie nützlich sein. Darüber hinaus wollen wir den Ausbau von Notrufsäulen für Gefahrensituationen auch an Bushaltestellen unterstützen.
- **Prävention stärken:**
Jugendarbeit kommt eine wichtige Rolle dabei zu, der Entstehung von Straftaten vorzubeugen. In Bad Godesberg muss die offene Jugendarbeit angesichts dessen deutlich ausgebaut werden. Bestehende Projekte wie GoRespekt, Ma'an oder 180-Grad-Wende begrüßen und unterstützen wir sehr.
- Die Sicherheitslage hat sich in Bad Godesberg gemäß der polizeilichen Kriminalstatistik positiv entwickelt¹. Insbesondere Gewaltkriminalität, Straßenkriminalität, Raubdelikte sowie gefährliche und schwere Körperverletzungsdelikte auf Straßen, Wegen oder Plätzen haben im Jahr 2018 abgenommen. Seit sechs Jahren (mit Ausnahme von 2016) sinkt die Zahl der angezeigten Straftaten; die Gesamtzahl der Straftaten liegt auf dem niedrigsten Niveau seit 1975.
- Hier zeigt sich auch der Erfolg des seit drei Jahren laufenden Präsenz- und Interventionskonzepts der Bonner Polizei für den Stadtteil Bad Godesberg. Wir unterstützen diese polizeilichen Maßnahmen und regen den verstärkten Austausch zwischen Verwaltung, Politik und Polizei in diesem Kontext an.

¹ Alle Angaben beziehen sich auf den polizeiliche Kriminalstatistik von 2018, abgerufen unter: https://bonn.polizei.nrw/sites/default/files/2019-02/Handout_PKS_2018_11022019_0.pdf (10. Juni 2019)



- Eine Voraussetzung für die flächendeckende und nachhaltige Gewährleistung von Sicherheit ist die personelle Ausstattung von Polizei und Ordnungsbehörden. Wir fordern daher, dass Bad Godesberg weiterhin das Personal entsprechend seiner Bevölkerungszahl, der Größe des Stadtbezirks und den Kriminalitätsschwerpunkten zugeteilt wird.
- Jenseits aller Statistik entstehen Sicherheit und ein Sicherheitsgefühl dort, wo der öffentliche Raum belebt ist und wo man sich insgesamt heimisch und angenommen fühlt. Daher dienen alle Maßnahmen zur Belebung der Godesberger Innenstadt und der Ortsteile, der Sicherstellung der öffentlichen Daseinsfürsorge, die Schaffung von Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten im öffentlichen Raum neben dem wichtigen sozialen Aspekt auch der Stärkung der Sicherheit. Dazu gehören auch die Möglichkeiten der Bürger, ihre eigene Umwelt zu gestalten (beispielsweise von öffentlichen Plätzen), einer aktiven Jugendarbeit oder das Kennenlernen von Nachbarn. Entsprechende Initiativen müssen von der Verwaltung und Politik noch stärker angeregt und wo initiiert aktiv unterstützt werden.
- Alle Menschen sollen sich überall in Bad Godesberg sicher fühlen. Wir wollen Angstorte zu Sicherheitsorten machen (bessere Beleuchtung, Stolperfallen und dunkle Ecken beseitigen, Rückschnitt von Gehölzen). Deswegen sind immer wieder Begehungen mit Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, oder sich unsicher fühlen, durchzuführen und daraus zeitnah Maßnahmen umzusetzen. Der Entstehung von Angstorten und sozialen Brennpunkten muss auch mit Mitteln der Stadtplanung und Stadtentwicklung entgegengewirkt werden: z.B. Verhinderung oder Beseitigung von Immobilienleerständen, Gegenmaßnahmen in Bezug auf die Verwahrlosung von Plätzen, Wegen und Grünflächen.
- Videoüberwachung sollte wie bisher nur im ÖPNV und an ausgewiesenen Kriminalitätsschwerpunkten stattfinden; keine Ausweitung von Videoüberwachung.
- Ein guter und serviceorientierter ÖPNV unterstützt das Gefühl der Sicherheit (Nachtbusse, Halten zwischen Haltestellen abends, Bedarfstaxis an Endhaltestellen). Wir regen die Einrichtung von Warnknöpfen an Bushaltestellen für Gefahrensituationen an.
- Regeln müssen von Polizei und Ordnungsdienst konsequent durchgesetzt werden. Dazu gehört auch: Parken nur dort, wo es erlaubt ist, Lärm zu Zeiten, wo man wach ist, Halten an Regeln und Sauberkeit von Straßen und Grünanlagen, Rauchverbot in geschlossenen Passagen.
- Die Zusammenarbeit Polizei, Ordnungsbehörden und Verfassungsschutz mit Blick auf organisierte Kriminalität sowie die Islamistszene (in Godesberg insbesondere den radikalen Salafismus) soll intensiviert werden. Als wichtiges Element gegen Radikalisierung muss die Zusammenarbeit mit und die Stärkung der Teilhabe von Musliminnen und Muslimen auf gesellschaftlicher und politischer Ebene in Bad Godesberg vorangetrieben werden um Radikalisierungstendenzen zu verhindern bzw. umzukehren.
- Neben der entschlossenen Strafverfolgung muss der Prävention in allen Facetten eine verstärkte Rolle zukommen. Eine wichtige Funktion hier die Jugendarbeit. Projekte wie Ma'an (gegen Radikalisierung muslimischer Jugendlicher), 180-Grad-Wende (Projekte gegen Orientierungslosigkeit, Radikalisierung und Kriminalität junger Menschen) und GoRespekt Bad Godesberg werden deshalb nachdrücklich befürwortet und unterstützt. Gleiches gilt für die polizeiliche Präventionsarbeit (beispielsweise in Bezug auf Wohnungseinbrüche oder Trickbetrüger) sowie für die polizeiliche und ehrenamtliche Opferschutzarbeit, die weiter ausgebaut werden sollte.
- Neben der Polizeiarbeit leisten die Haupt- und Ehrenamtlichen in Organisationen der öffentlichen Gefahrenabwehr (z.B. Technisches Hilfswerk, Bundesamt für Katastrophenschutz, Feuerwehr) einen ganz wesentlichen Beitrag zur Prävention und unterstützen die Selbstschutzkompetenz der Bevölkerung. Gerade bei Technischem



Hilfswerk und Feuerwehr geht dies auch mit einem persönlichen Risiko einher. Wir wollen daher, dass alle erforderlichen Investitionen getätigt werden, um z.B. Feuerwehrmännern und -frauen die notwendige Ausrüstung und die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu bieten. Übergriffe und Angriffe auf diese Kräfte sind ein Problem und sollten streng geahndet werden.

